

Inserate
werden angenommen
in den Ständen der Provinz
bei unseren Agenturen, ferner
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Baasenstein & Vogler & Co.,
G. F. Danne & Co.,
Invalidendank.
Verantwortlich für den Inserat-
theil:
W. Braun in Posen.
Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Ständen der Provinz
bei unseren Agenturen, ferner
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Baasenstein & Vogler & Co.,
G. F. Danne & Co.,
Invalidendank.
Verantwortlich für den Inserat-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Nr. 854

Freitag, 6. Dezember.

1895

Deutschland.

* Berlin, 5. Dez. Wie bereits wiederholt gemeldet, hat das Landesökonomikollegium am 4. Dez. in Anwesenheit des Kaisers über die Zuckersteuerfrage verhandelt. Darüber wird jetzt noch Folgendes bekannt:

Staatssekretär Graf Posadowsky meinte, Gegner des Entwurfs könne nur sein, wer glaube, daß die deutsche Zuckerindustrie auch ohne erhöhte Ausfuhrzuschüsse gegenüber der durch bedeutend höhere Prämien geschützten ausländischen Industrie und trotz der allgemeinen Lage des Weltmarkts ihre bisherige Stellung behaupten könne. An eine Wiedereinführung der Materialsteuer, welche die Einnahmen des Reichs aus der Zuckersteuer schätzungsweise auf 14 Millionen zurückgebrannt hätte, solle man nicht denken. Es sei auch nicht möglich, das Gesetz ausschließlich nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu konstruieren, man müsse auch allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Erwägungen Rechnung tragen. Die Verhandlungen mit den anderen Exportprämiellen gewährnden Staaten könne man nicht als gescheitert bezeichnen, sie hätten aber bisher freilich auch zu keinem Erfolge geführt. Der Kontingentierung die Leistungsfähigkeit zu Grunde zu legen, sei unthunlich, da die Leistungsfähigkeit einer Fabrik nicht von dem Umfange der maschinellen Anlagen allein, sondern auch von deren Zusammenwirken und von ihrer Benutzung durch die Fabrikleitung abhängt und deshalb objektiv gleichmäßig kaum zu schätzen sei. Man müsse vielmehr ein dem subjektiven Ermessen nicht unterliegendes Kriterium der Kontingentierung zu Grunde legen, wie dies bei dem Durchschnitt der Produktion der letzten 5 Jahre mit Ausschluß des besten und schlechtesten Jahres der Fall sei. Eine Schädigung des Rübenbaues würde durch das Gesetz nicht eintreten, da die Rübenbau 58 Prozent des verarbeiteten Rohmaterials betragen und deshalb von der Fabrikation nicht entbehrt werden könnten; eine Einschränkung der Rübenproduktion gegenüber dem Jahre 1894/95 würden sich alle Interessenten vorläufig gefallen lassen müssen. Die Förderung der Raffinerie durch eine besondere Prämie sei volkswirtschaftlich durch aus gerechtfertigt, um den Export des Zuckers in möglichst verbesserter Form zu begünstigen. Komme kein anderweitiges Gesetz zu Stande, so seien die Folgen, welche aus einem gänzlichen Fortfall der Ausfuhrzuschüsse für Industrie und Landwirtschaft sich ergeben könnten, bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Weltproduktion nicht zu überschätzen.

Der Minister für Landwirtschaft führte aus, man werde dem Gesetz vorwerfen, es sei nur eine ungerechtfertigte Viebsgabe und es deshalb bestmöglichst abzulehnen, es sei daher notwendig, daß alle Landwirthe einmütig für das Gesetz eintreten, und zu seiner großen Freude sei ja hier der vielfach befürchtete Gegensatz zwischen dem Osten und den mittleren und westlichen Provinzen nicht scharf hervorgetreten (?).

Wie wenig richtig die letzte Bemerkung des Ministers ist, geht aus den Reden hervor, die von anderen Mitgliedern des Kollegiums gehalten wurden; so erklärte:

Abg. Amtsrath Seer-Nischwitz (Posen) die Vorlage als sehr nachtheilhaft für die Zuckerindustrie Posen's. Die bekannte große Versammlung dortiger Zuckerinteressenten habe sich dahin schlüssig gemacht, daß es besser sei, den jetzigen Zustand weiter zu vertragen, als die geplante Kontingentierung. Das im Gesetz vorgesehene Kontingent werde den Rübenbau in der Provinz Posen unrentabel, und viele jetzt bei den Rübenbauern beschäftigten Arbeiter brotlos machen. Redner sprach auch gegen die neue Betriebssteuer.

Frhr. v. Erffa (Wernburg, Provinz Sachsen): Er könne auch aus dem geringen Kontingent nicht zustimmen. Er sei der Meinung, durch das geringe Kontingent würde der Rübenbau nicht nur unrentabel werden, Deutschland würde auch in seiner Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Zuckerfabrikation zurückgehen. Eine Kontingentierung sei ja notwendig, diese müsse aber auf Gründe der Leistungsfähigkeit bemessen werden. Die „Verl. Pol. N.“, denen man nachsage, daß sie Informationen vom Rastanienwäldchen erhalten (hier schüttelte der Finanzminister den Kopf), hätten zwar behauptet, die Festsetzung nach der Leistungsfähigkeit sei undurchführbar. Nach seiner Meinung aber stehe es umgekehrt, die Leistungsfähigkeit gebe eine zweckmäßigere und einfachere Grundlage, als der fünfjährige Durchschnitt.

Rittergutsbesitzer v. Arnim-Güterburg (Provinz Brandenburg) verlangt eine Erhöhung des Gesamtkontingents von 14 auf 16 Millionen Doppelcentner. Er tadelt die im Regierungsentwurfe geplante höhere Besteuerung der größeren Betriebe. Die ihm bekannten Fabriken seien von kleineren allmählich zu größeren herangewachsen durch Hinzunahme neuer Aktionäre, also durch Ausbreitung ihrer Vorkette über einen größeren Kreis von Landwirthen. Darauf dürfe keine Strafe gelegt werden. Die Betriebssteuer müsse zum mindesten gleichmäßig vertheilt werden. Endlich müsse der Entstehung neuer Fabriken eine größere Schranke, als im Gesetze vorgesehen, gezogen werden. Wenn in dieser Beziehung nicht Wandel geschaffen werde, dann müße alle Kontingentierung nicht.

Dann ließ der präsidentirende Ministerialdirektor zur Verbesserung der Stimmung vier Redner hintereinander für die Vorlage sprechen, nämlich Gutsbesitzer Seidel (Gelsen bei Gumbinnen), Geh. Regierungsrath und Landrath Frhr. v. Reerscheidt-Hüllesheim (Ruggen bei Königsberg i. Pr.), Landrath a. D. v. Höder (Der-Eguth in Schlesien) und Gutsbesitzer Elmberg (Wittburg in Rheinpreußen). Rittergutsbesitzer von Bemberg (Gammersheim, Rheinpreußen), Gutsbesitzer Bierschenk (Wilmanns-hausen, Hessen-Rassel) und Landrath, Kammerherr v. Rieben (Rieben in Hannover) stimmten wohl im allgemeinen dem Landwirtschaftsminister bei, behaupteten aber, daß eine höhere Kontingentierung doch notwendig sei.

Schließlich gelang es doch, die anwesenden 37 Herren auf folgende recht allgemein gehaltene Resolution zu vereinigen:

„Der Zuckerrübenbau ist für die deutsche Landwirtschaft um seines Ertrages willen und als Schule des intensiven Ackerbaues unentbehrlich. Es muß daher alles vermieden werden, was den Rübenbau zu gefährden oder die Zuckerfabrikation von der Landwirtschaft loszulösen geeignet ist. Ein Fortfallen der Exportprämiellen würde den Ruin der deutschen Zuckerfabrikation und damit des Rübenbaues herbeiführen, wenn die konkurrierenden Staaten fortfahren, solche Prämien zu gewähren, während die deutsche Zuckerindustrie entwickelt genug ist, um bei einer allgemeinen Abschaffung der Exportprämiellen ihre Stellung auf dem Weltmarkt selbstständig behaupten zu können. Das Gesetz von 1891 beruhte auf der Annahme, daß die anderen Staaten dem Velsplee Deutschlands in der Abschaffung der Prämien folgen würden. Das Landesökonomikollegium hat gegen die Verfolgung dieses Gesetzes keine Einwendungen zu erheben, glaubt aber, daß dies Ziel schneller erreicht werden wird, wenn die konkurrierenden Staaten leben, daß Deutschland entschlossen ist seine Zuckerindustrie auch mit großen Opfern so lange zu schützen, wie noch Exportprämiellen irgendwo gezahlt werden. Das Landesökonomikollegium kann daher den Grundgedanken des in der Vorbereitung begriffenen Gesetzes soweit vollständig zustimmen, wie dasselbe ein Fortbestehen erhöhter Exportprämiellen für solange vorsieht, wie die konkurrierenden Staaten solche Prämien zahlen. Auch will das Landesökonomikollegium dagegen keinen Widerspruch erheben, daß die erhöhten Prämien durch eine Auflage auf die Fabrikation und den Konsum an Zucker aufgebracht werden sollen. Schließlich stimmt das Landesökonomikollegium auch dem Grundgedanken zu, daß bei Erhöhung der Exportprämiellen durch ein System der Schwerkung der Ausdehnung der bestehenden und der Anlage neuer Zuckerfabriken (Kontingentierung) einer Ueberproduktion an Zucker entgegengewirkt werden muß. Das Kontingent der einzelnen Fabriken ist unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit nach der Zuckermenge zu ermitteln, welche von der Fabrik während eines der letzten 5 Betriebsjahre einschließlich des diesjährigen in maximis aus inländischen Rohstoffen hergestellt ist.“

— Eine offiziöse Verwarnung an die Agrarier des Ostens enthält nachstehende Auslassung der „Verl. Pol. Nachr.“: „Man hat im Osten gegen den Gedanken einer Reform der Zuckersteuer, welcher in allen wesentlichen Punkten einer von der großen Majorität des Reichstages eingebrachten und angenommenen Resolution entspricht, seitens gewisser Fabrikinteressenten, geführt von den Vertretern von Riesen-Etablissements Stellung genommen. Wer die Fäden dieser Bewegung hinter den Coulissen zieht, ist bekannt. Die Interessenten der Landwirtschaft mögen sich aber nur solchen Führern anvertrauen, deren wirtschaftliche Interessen auch vorzugsweise auf landwirtschaftlichem Gebiete liegen.“

— Die Konferenz zur Revision des Handelsgesetzbuches, die im Reichsjustizamt tagt, hat am Mittwoch ihre einige Tage unterbrochene Arbeit wieder aufgenommen. Im Laufe des gestrigen Tages wurde auf einige früher zurückgestellte Punkte, wie den ersten Theil des neuen Entwurfs und den Abschnitt über die Prokuristen, zurückgegriffen und ferner auf den Abschnitt über die Kommanditgesellschaften. Somit ist gestern der erste Theil des neuen Entwurfs erledigt und der zweite Theil begonnen worden. Die Konferenz ging heute zur Besprechung der Strafgesezte und der Aktiengesellschaften über.

— In den nächsten Tagen findet in Petersburg eine Eisenbahn-Konferenz statt, in der Reformvorschläge für den Grenzverkehr, wie sich dieser nach dem Abschluß der Handelsverträge bezüglich des Personen- und Güterverkehrs neu gestaltet hat, berathen werden sollen. An dieser wichtigen Konferenz nehmen russischerseits Abgesandte des Finanz- und Verkehrsministeriums, Leiter russischer Staats- und Privatbahnen, Vertreter der russischen Börsen- und Handelswelt theil. Ferner werden sich auf Einladung der russischen Regierung Vertreter der preussischen Ostbahn und der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn, sowie Vertreter der für den Verkehr nach Danzig und Königsberg in Betracht kommenden Zollämter daran betheiligen.

— Die „Konst. Corr.“ dementirt die Nachricht, die konservative Fraktion habe beschlossen, in der ersten Geschäftssitzung des Reichstages von Partei wegen einer „Erklärung“ über ihre Stellung zum Fall Hammerstein abgeben zu lassen. Die Herrn thun allerdings am Besten, über den Fall Hammerstein zu schweigen! Uebrigens wird diese Affäre nächstens doch trotz der Abwesenheit des Hauptbeteiligten in öffentlicher Gerichtsverhandlung erörtert werden. Wegen eines Berliner Papierschändlers ist Anklage wegen Betheiligung an der von Hammerstein begangenen Untreue erhoben worden. Bekanntlich hatte Herr von Hammerstein einem Papierschleifer den ungeheuerlichen Preis von 40 Pf. für das Kilo aus der Tasche der Kreuzzeitungsbesitzer bewilligt und sich als Entgelt dafür größere Summen als Darlehn vorstrecken lassen.

— Professor Dübde, der Verfasser der Calligula-Broschüre, hat der „Zit. Jtg.“ zufolge, die vor einigen Wochen abgelehnte Kandidatur der Volkspartei im Reichstags-Wahlkreis Bismarck-Heiden gegen Gröber heute angenommen.

* Braunschweig, 3. Dez. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der sog. „braunschweigischen Rechts-partei“ wurde mitgetheilt, daß die Rechtspartei die Absicht habe, im Lande Braunschweig eine Massenpetition an den deutschen Kaiser in Szene zu setzen und darin die Bitte auszusprechen, ihr den Herzog (Herzog von Cumberland) und das Vaterland zurückzugeben.

Parlamentarische Nachrichten.

— Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds hat in dem Entwurf für 1896/97 gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 1 410 225 M. erfahren, nachdem er im letzten Jahre 6 062 991 M. gestiegen war. Er hat jetzt die Summe von 50 Millionen M. überschritten und beträgt jetzt 50 613 552 M., wovon 41 603 435 (im Vorjahre 40 685 535) M. auf das preussische, 2 928 120 (2 802 080) M. auf das sächsische und 2 089 415 (1 934 455) M. auf das württembergische Heer, 2 637 422 (2 276 122) M. auf die Marine und 1 319 895 (1 222 370) M. auf die Zivilverwaltung entfallen. Hierzu treten noch die im Reichsetat nicht enthaltenen Pensionen für das bayerische Heer, die etwa 6 Mill. M. betragen, so daß sich die Militärpensionen auf insgesamt mit 52 1/2 Mill. M. belaufen gegen 45 Mill. im Jahre 1894/95, 37 1/2 Mill. im Jahre 1891/92 und 32 1/2 Mill. im Jahre 1889/90. Der Pensionsetat für das Militär ist also in 7 Jahren um fast 20 Mill. M. gestiegen. Von preussischen Offizieren beziehen aus dem Pensionsfonds Pensionen und Pensionserhöhungen nach dem Stande von Ende Juni 1895 24 (im Vorjahre 24) kommandirende Generale, 137 (141) Divisions-Kommandeure, 327 (319) Brigade-Kommandeure, 475 (453) Regiments-Kommandeure, 1429 (1394) Bataillons-Kommandeure, 1407 (1360) Hauptleute oder Rittmeister I. Klasse, 639 (620) Hauptleute oder Rittmeister 2. Klasse, 820 (808) Premier-Leutenants, 552 (521) Sekond-Leutenants und 402 (398) Sanitäts-Offiziere, zusammen also 6212 Offiziere und Aerzte gegen 6037 im Vorjahre; die Steigerung beträgt also 175 Pensionäre oder 2,8 v. H. Beamte aller Grade bezogen 2117 (im Vorjahre 2059) Pension. Von den Mannschaften erhalten Invalidenpensionen oder Pensionszulagen 59 413 Mann gegen 54 269 im Vorjahre. Die starke Steigerung ist auf die Pensions-gesetznovelle vom 22. Mai 1893, zum Theil auch auf die letzte Heeresverfassung zurückzuführen. In Sachsen erhalten 531 (im Vorjahre 506) Offiziere, 154 (149) Beamte und 3534 (3234) Mannschaften Pensionen, in Württemberg 333 (319) Offiziere, 75 (72) Beamte und 3131 (2847) Mannschaften, in der Marine 429 (377) Offiziere, Aerzte und Medizinalbeamte, 222 (201) Beamte und 2095 (1845) Beamte. Ueberall hat also eine Steigerung der Pensionen stattgefunden. Bei Würdigung aller dieser Zahlen darf nicht außer Betracht bleiben, daß noch außer dem allgemeinen Pensionsfonds der Reichsinvalidenfonds existirt, aus dem zu Gunsten der Invaliden im nächsten Etatsjahre 28 862 508 M. verausgabt werden sollen gegen 26 893 714 M. im Vorjahre, also nahezu 2 1/2 Millionen Mark mehr. Aus diesem Fonds erhalten noch 3270 Offiziere, 247 Militärbeamte und 51 769 Mannschaften des deutschen Reichsheeres und der Marine Pensionen oder Pensionszulagen.

Totales

Posen, 6. Dezember.

n. Eine Aufnahme des Personen- und Wagenverkehrs am Berliner Bahnhof von früh 6 Uhr bis Abends 10 Uhr findet heute durch Schulleute statt.

n. Eine Revision der Droguenhandlungen hat gestern durch die Herren Kreisphysikus Dr. Winterst und Apotheker Meusel stattgefunden. Kennenwerte Mängel sind nicht aufgefunden worden.

n. Ein trichinöses Schwein wurde bei einem Fleischermeister auf der Cybistraße beschlagnahmt und in der Gasanstalt verbrannt.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet: 1 Dienstmädchen wegen Diebstahls, 4 Bettler und 4 Obdachlose. — Nach dem Polizeigewahrsam geschafft wurden 2 sinnlos betrunkenen Personen.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Görlitz, 4. Dez. [Kriegervereine dürfen keine Politik treiben!] Der General der Infanterie, Karl Frhr. von Wrangel auf Sprotta, feiert am 5. Dezember das Fest des 25jährigen Bestandes des Eisenkreuzes zum Orden pour le mérite. Aus dieser Veranlassung widmet ihm der in Rlesky erscheinende „Volksfreund a. d. Oberl.“ einen längeren Artikel, in welchem sich u. a. ganz harmlos die Mittheilung befindet, daß von Wrangel „politisch thätig in Kriegervereinen“ ist. Für diese Enthüllung werden weder die Kriegervereine, auf die sich die Bemerkung bezieht, noch Frhr. von Wrangel dem Blatte sonderlich dankbar sein.

* Proßken, 2. Dez. [Eine lustige Geschichte] tritt in diesem Winter ein. Einige tapfere Männer schreiten bei dunkler Nacht über das Eis, das „Barmer Forst“, als sie zu ihrem Schreden mitten auf dem Wege tragend ein Ungeheuer erblickten, welches auf einen Steinwurf mit Brummen reagiert und als Wäre rekonstruiert wird. Reflektoren sind die einzige Rettung, doch naht man sich mit Donnerbüchsen tragender Verhärter bald wieder dem noch immer in träger Ruhe daliegenden Monstrum, das dumpfe Töne von sich giebt. Es kracht, und in tausend Partikeln fliegt der von einer Ruffantentruppe verlorene — Das auseinander.

* Litzke, 3. Dez. [Selbstmord.] Der Grenzaufseher Krenitz aus Rzewen bei Wischniewen hat sich gestern mit Strichnadel vergiftet. Vormittags that er noch Dienst. Er wollte sich dann mit seinem Dienstgewehr erschießen, wurde aber daran gehindert, worauf er das Gift, das schon seit längerer Zeit in seinem Besitz gewesen sein soll, zu sich nahm. Der Selbstmörder hatte sich dem Trunke ergeben und war sehr unverträglich. Charakters, so daß er gegen jeden Menschen mit meistens grundlosen Denunziationen vorging, und deshalb öfters wegen falscher Beschuldigung Geldstrafen erlitt. Als diese nichts fruchteten, sah sich das Gericht veranlaßt, ihn wegen einer wieder vorgekommenen falschen Denunziation am Sonntage zu einer Gefängnisstrafe zu verurtheilen. Dies dürfte der Grund des Selbstmordes sein. Hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Wofen, 6. Dezember.

s. Rosen, 6. Dez.

Wien, 6. Dezember 1895.

Andere Artikkel

Berlin, 6. Dez. (Tel. gr. Agentur B. Selmann, Bosen.)

Ründlung in Roggen 800 Wsl.

Druck und Verlag der Holbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (F. Kohn) in Boier